

Der Konter von Straus ließ nicht lange auf sich warten. Da er den Informationen Hoffmanns über eine Zurücknahme des Nachprüfungstermins für das Abitur 1950 ein handfestes Dementi entgegensetzen konnte, fiel es ihm sogar leicht, den Angriff von Hoffmann zu parieren. Dabei sagte er ihm offen, daß er seiner *Interpretation über das Nachabitur*, zumal sich 20 Studienräte seiner Auffassung ausdrücklich angeschlossen hätten, *sowohl vom allgemein schulischen wie von meinem persönlichen Erfahrungsstandpunkt her ... nicht völlig teilen könne*, er habe aber dennoch der Forderung nach einem Nachprüfungstermin *nachgegeben, weil er wieder einmal schulische Probleme politischen Notwendigkeiten unterordnen zu müssen* glaubte. Dieser direkte Vorwurf einer überzogenen Politisierung des Schulwesens an der Saar, die Straus freilich durch seinen bildungspolitischen Ehrgeiz im Interesse der Saarstaatlichkeit selbst genügend provoziert hatte, offenbart einmal mehr den von Straus beherzten Glauben an die Staatsraison, die ihren Vortritt vor Individual-, Partei- und Verbandsinteressen haben muß. Zum Schluß seines Schreibens plädierte Straus für ein Mehr an kollegialer Zusammenarbeit, die er seit geraumer Zeit vermisste³⁴⁵.

Die Auseinandersetzungen zwischen Hoffmann und Straus um das Zentralabitur sind ein Beispiel für das, wie es Walter Braun ausdrückte, *permanent gestörte Verhältnis*, das seit 1949 zwischen beiden Politikern herrschte³⁴⁶. Die Aversionen zwischen beiden Männern hatten sowohl politische als auch persönliche Hintergründe. Für Hoffmann war Straus im Grunde ein Mann suspekten Charakters. Sein Hang zu intellektualistischen Spitzfindigkeiten, der dennoch nicht immer in diskursiv orientiertem Schaffen mündete, seine Lust, andere in politischen Debatten ohne Not zu brüskieren, seine Kulturbeflissenheit und sein Selbstbewußtsein als Akademiker sowie der Eindruck einer aufgesetzt wirkenden Religiosität haben dabei sicherlich ebenso eine Rolle gespielt wie die Kenntnis von dem wechselvollen Lebensweg des Konvertiten Straus, dem ehemaligen Sozialdemokraten und – seit 1947 – naturalisierten Franzosen. Hoffmann hatte längst erkannt, daß dieser eitle und oft impulsiv reagierende Politiker eine Quelle permanenter bildungspolitischer Unruhe war und damit eine Belastung für ihn und seine Regierung. Das mußte er um so mehr annehmen, als sich nach 1950, wie er selbst in seinen Memoiren mitteilt, „mehr und mehr eine Opposition gegen die bisherige Saarpolitik bemerkbar (machte), in der sich Unzufriedenheit, wie sie überall besteht, mit grundsätzlicher Ablehnung unserer Politik vermischte“³⁴⁷.

6.7 Die Entlassung von Straus als Kultusminister

Gelegenheit zur Entlassung des ungeliebten Ministers bot Hoffmann die infolge des Koalitionsbruchs mit der SPS notwendig werdende Regierungsumbildung im April 1951. Sie wurde nach Angaben von Straus in einer neunköpfigen Sonderkommission beraten, der neben Hoffmann u. a. Bartholomäus Koßmann, Emil Lehnen (Generalsekretär der CVP), Erwin Müller und Wirtschaftsminister Franz Singer als Mitglieder angehörten. *Meine Entlassung war dort bereits beschlossene Sache, weil Herr Hoffmann es so wollte. Be-*

³⁴⁵ Zitate nach Schreiben von Straus an Hoffmann vom 15. 7. 1950. Privatakten E. Straus. Wiedergegeben im Quellenanhang (Anlage 13).

³⁴⁶ Interview W. Braun vom 4. 3. 1976.

³⁴⁷ J. Hoffmann, Ziel, S. 213.